

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal inkl. Postgebühren. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I.

Inserate
pro vierstellige Zeile 20 Pf.,
Stellenangebote 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieber 20 Pf., Veramm-
lungsanzeigen 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 43.

Berlin, den 28. November 1908.

24. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Veranlaßt durch die große Feuergefahr, die in der Celluloidindustrie besteht, beabsichtigen die dabei in Frage kommenden Verbände, die Verhältnisse in allen Betrieben, in denen Celluloid in irgendeiner Form verarbeitet wird, des näheren festzustellen, um damit bessere Arbeiterschutzbestimmungen herbeiführen zu helfen. Zu diesem Zwecke haben wir entsprechende Fragebogen an alle Gau- und Zahlstellenverwaltungen versandt, in deren Bezirk Betriebe unserer Branchen bestehen, in denen Celluloidverarbeitung stattfindet. Sollten irgendwo derartige Betriebe existieren, ohne daß diese Fragebogen an die betreffende Gau- oder Zahlstellenverwaltung gekommen sind, bitten wir diese von uns verlangen zu wollen, damit die Zusammenfassung absolut vollständig wird.

2. Der Zahlstelle Gotha ist die Genehmigung zur Erhebung eines monatlichen Lokalbeitrages von 10 Pf. von den männlichen und 5 Pf. von den weiblichen Mitgliedern erteilt worden.

3. In der Zahlstelle Detmold werden vom 1. Januar 1909 ab Unterstützungen ausbezahlt werden.

4. Auf Grund von § 16b wurde in Frankfurt a. M. der Kartonnagenzuschneider Johannes Stefan, Buchnummer 41-522, aus Seckbach, ausgeschlossen.

5. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bzw. -Bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventueller Vorzeigung anzuhalten und an uns einzusenden.

Nr. 6970,	ausgestellt für	Otto Jacobsen;
" 15 279,	" "	Adam Bollig;
" 15 650,	" "	Hugo Klunfer;
" 21 387,	" "	Hermann Niffel;
" 23 525,	" "	Margarete Munfer;
" 52 410,	" "	Fr. Wilh. Goeklaff;
" 55 118,	" "	Johann Koppel;
" 78 436,	" "	Emil Voit;
" 61 721,	" "	Georg Schuchhardt;
" 61 923,	" "	Paul Schuppan;
" 63 828,	" "	Wilh. Hüftenrauch;
" 69 329,	" "	Sofie Streber;
" 72 729,	" "	Alara Holte;
" 73 705,	" "	Emma Boß;
" 75 052,	" "	Karl Balber;
" 76 045,	" "	Therese Hinz;
" 76 069,	" "	Mart Schmidt;
" 78 202,	" "	Eubertine Schütt.

Der Verbandsvorstand.

Kapital und Frauenemanzipation.

E. S. Es will ein Neues werden auf Erden — überall regt sich die Entwicklung; der Werdegang wird von Tag zu Tag größer und mächtiger. Auch die Frauenemanzipation gewinnt immer mehr an Boden. Das weibliche Proletariat ist erwacht, es erkennt seine Kräfte, kam zu dem Bewußtsein, daß es berufen ist, mitbestimmend und mitbestimmend an der Fortentwicklung der Menschheit zu wirken. Der Kulturkampf, die ökonomische Entwicklung fordert energisch die Kameradschaft und Kampfesgenossen-

schaft zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen. Allgesellschaftlichen Rechte, welche infolge der wirtschaftlichen Entwicklung mit Fug und Recht heute jeder Mann lediglich auf Grund seines Geschlechts zur Verteidigung seiner Interessen beanspruchen darf, müssen deshalb auch ohne Unterschied auf das weibliche Geschlecht ausgedehnt werden. Sie konnten diesem mit einem Scheine der Berechtigung vorenthalten werden, solange die Interessen von Frau und Mann sich in verschiedenen Sphären konzentrierten, solange erstere mit allen Wurzeln und Fasern ihrer Existenz in der Familie haftete und nur durch Vermittlung des Mannes am Leben der Gesellschaft teilnahm, während dieser selbst direkt in der Gesellschaft lebte und webte. Die modernen Wirtschaftsverhältnisse werfen aber wie den Mann so auch die Frau auf den Markt der Öffentlichkeit. Es ist also nur recht und billig, daß die Frau auch alle jene Rechte erhält, welche angetan sind, ihre Interessen auf diesem Markt zu schützen und zu fördern.

Die Zeitverhältnisse, überhaupt das ganze soziale Leben, lehren, daß gegenwärtig die Interessen der großen Mehrzahl der Frauen nicht mehr vom Manne an und für sich, als Oberhaupt der vaterrechtlichen Familie, abhängen, sondern vom Kapitalisten. Obzwar die männliche Herrschaft in der Familie, dem Buchstaben des Gesetzes nach, noch voll in Kraft steht, so ist sie doch für die breiten Schichten des Volkes sehr erschüttert, sobald es die Entwicklung der Produktionsverhältnisse nicht nur der Frau, sondern auch den halbwüchsigen Kindern erlaubte, eigenem, selbständigem Erwerb außerhalb der Familie nachzugehen. Aber diese Loslösung von der Gewalt der vaterrechtlichen Familie konnte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, stets nur erkauft werden, indem die Frau Berufsarbeiterin war, sich mithin unter die Herrschaft des Kapitalisten beugte. Er ist es, der mit möglichster Berücksichtigung der Harmonie zwischen den Marktverhältnissen und seinem Profitstreben die wirtschaftlichen Interessen der Proletarierin so regelt, wie es seinem Vortheile frommt. Die Herrschaft des Mannes in der Familie über die Frau ist einfach auf dem Papier; der wahre, über Wohl und Wehe der arbeitenden Frau entscheidende Herr und Gebieter ist der Kapitalist, der ihre Arbeit gibt, oder besser gesagt, von ihr Arbeit nimmt, und der, dank der gesellschaftlichen Verhältnisse, mit dem größten Absolutismus in ihr Leben eingreift.

Es ist daher eine sehr naive Auffassung der Gesellschaft, wenn gewisse Frauenrechtlerinnen für die soziale Emanzipation des weiblichen Geschlechts eintreten, indem sie voller moralischer Entrüstung gegen den männlichen Egoismus zu Felde ziehen und in ihm den Urheber alles Übels erblicken. Die Befreiung der Frau kann entschieden das Werk eines Kreuzzuges gegen die Männerwelt und deren Vorrechte nicht sein, sie steht und fällt vielmehr einzig und allein mit der Emanzipation der Arbeit vom Kapital. Töricht ist es dann, wenn es Arbeiter gibt, welche in Nichtachtung der vollzogenen gesellschaftlichen Umwälzungen den Ausschluß der Frauen aus der Industrie, ihre Rückkehr zu der häuslichen Tätigkeit fordern, in ihnen nur Konkurrentinnen, nicht aber Schicksals- und Kampfesgenossinnen sehen. Nicht der Kampf zwischen den Geschlechtern, nur die volle und bewußte Betätigung im Klassenkampf kann beiden Seiten Hilfe schaffen, die Frau wie den Mann von der letzten Herrschaft, der Herrschaft des Kapitals, befreien. Die Interessen der

Frauen fallen mit den verschiedenen Klassen der Gesellschaft zusammen, denen sie angehören. Die Interessen der Frauen der arbeitenden Klasse, nicht selbst Arbeiterinnen, sind am ausschlaggebendsten, da sie doch selbst Proletarierinnen sind. Nicht das Geschlecht, sondern die Klassenlage gibt den bestimmenden Ausschlag für die Gestaltung der Existenz. Die Frauen der Bourgeoisie können sich über die Tatsache täuschen. Sie, die nicht der Abhängigkeit vom Kapitalisten unterworfen sind, empfinden nur die Herrschaft des Mannes, die für sie, soweit sie nicht durch die Sitte und individuelle Verhältnisse gemildert ist, noch in Kraft steht, weil sie sich noch nicht ökonomisch durch ihre Arbeit von ihm emanzipiert haben. Die Idee, den Kampf um die soziale Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts im Namen des moralischen Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzips gegen den männlichen Egoismus, die männlichen Privilegien zu führen, konnte nur von Frauen aus dem Mittelstande ausgeht werden, welche die moderne Klassengesellschaft ausschließlich von ihrer angenehmen Seite her, als Herrschende und Genießende, kennen lernten. Die Frau des weckfertigen Volkes dagegen, die von Jugend auf in das moderne Wirtschaftsleben hineingerufen wird, lernt bald die Misere des Proletarierlebens kennen. Die Tatsachen drängen die Herrschaft des Mannes über sie entschieden in den Hintergrund, wogegen die Abhängigkeit vom Kapitalisten um so stärker hervortritt. Kurz, es gibt keine Seite ihrer Existenz, kein Verhältnis ihres Lebens, in dem sie nicht mit dem Willen und der Macht des Kapitalisten zu rechnen hätte.

Es ist also nur die logische Folge der wirklichen Verhältnisse, daß die Frau des Volkes den Schwerpunkt des Kampfes für ihre gesellschaftliche Befreiung auf ein durchaus anderes Feld verlegt als die bürgerliche Frauenrechtlerin, daß sie nicht gegen den Mann, daß sie gegen den Kapitalisten in die Schranken tritt. Der Kampf um die soziale Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts fällt für den bei weitem größten Teil desselben mit dem Klassenkampf zusammen. Die Stunde der Frauenbefreiung wird mit der Stunde der allgemeinen proletarischen Emanzipation zusammenfallen. Eben deshalb, daß sich die wichtigsten Interessen der großen Masse der Frauen im Gegensatz zu der jetzigen Gesellschaftsordnung befinden, hält die herrschende Klasse daran fest, das weibliche Geschlecht in seiner sozialpolitischen Rechtslosigkeit zu belassen. Geben wir der Wahrheit die Ehre und sagen rundweg: Das weibliche Geschlecht schlägt man, die Proletarierin meint man! Selbst der schwärzeste Reaktionsär befrachtet nicht, daß die bestehende Gesellschaftsordnung über den Haufen falle, wenn Hunderttausende von Kleinbürgerinnen und Zehntausende von Großbürgerinnen durch Verleihung der sozialpolitischen Rechte Anteil am öffentlichen Leben bekommen. Die politische Betätigung dieser beiden Schichten von Frauen wird entschieden nicht so groß sein, daß sie einen Umsturz der bestehenden Verhältnisse bewirken könnte. Die Kleinbürgerinnen sind im allgemeinen stumpfsinnig, die Großbürgerinnen meist wieder genußsüchtig, als daß sie einen durchgreifenden Gebrauch von neuen gesellschaftlichen Rechten machen würden. Dazu kommt noch, daß sie durch ihre Interessen darauf angewiesen sind, für die Erhaltung der bestehenden Ordnung einzutreten. Und wie wird sich dieser soziale Prozeß bei dem weiblichen Proletariat entwickeln? Selbstredend im

Gegenteil. Die Klassenlage rüttelt die Arbeiterinnen aus ihrer Gleichgültigkeit empor und läßt sie auch nicht Gefahr laufen, ihre Kräfte in Genußsucht zu vergeuden. Die Gesamtheit ihrer materiellen Interessen zwingt sie geradezu, einen möglichst tätigen Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen, um womöglich entscheidend in dessen Gestaltung einzugreifen. Sie wissen nach dem Aufbau einer neuen sozialen Ordnung, wie sie durch die Entwicklung der Produktionsverhältnisse geboten ist, streben. Die sozialpolitische Emanzipation der Arbeiterinnen muß für die existierende kapitalistische Gesellschaft verhängnisvoll werden, so gut wie es die sozialpolitische Emanzipation des Arbeiters geworden ist.

Nachdem sich nun unter den heutigen Verhältnissen die politische Mündigkeitserklärung des weiblichen Geschlechts als Ganzes und nicht mehr nach den Klassen vollziehen kann, wie dies für die Männerwelt geschähe, und da die Mehrzahl der Frauen Proletarierinnen sind, so haben die Anhänger der kapitalistischen Gesellschaft alles Interesse daran, sich der Gleichberechtigung der Frauen zu widersetzen. Diefelbe muß den Zusammenbruch der korrupten Zeitverhältnisse bedeutend beschleunigen, nicht, weil sie die Frau überhaupt, sondern weil sie die Proletarierin emanzipiert, sie mit den gleichen Waffen wie den Proletarier für den Kampf gegen den Kapitalismus ausrüstet, wodurch die Macht des Proletariats bedeutend verstärkt und gehoben wird. Somit ist es klar, daß die sozialpolitische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts absolut nicht von der Einsicht oder dem Wohlwollen der gegenwärtigen Gesellschaft zu erwarten ist. Diefelbe wird und muß errienen werden durch die Macht, die der zunächst an ihr interessierte Teil, die Arbeiterinnen selbst, repräsentieren, und durch die Stärke, mit der auch die Arbeiter im Interesse des gesamten Proletariats für die Forderung eintreten.

Die deutsche Unfallversicherung nach den Berichten der Arbeitersekretariate im Jahre 1907.

Die Nr. 17 des „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“ enthält eine überaus interessante und sehr reichhaltige Abhandlung über dieses Thema. In 10 verschiedene Teile zerlegt, legt diese Abhandlung die Mängel unserer Unfallversicherung dar. Die unzweifelhaftige Wichtigkeit dieser Materie rechtfertigt eine Hebernahme der Ausführungen in die „Buchbinder-Zeitung“ um so mehr, als ja nur ein verjüngtend kleiner Teil unserer Mitglieber das „Correspondenzblatt“ zu Gesicht bekommt. Die Abhandlung selbst stammt von einem der besten Kenner der Materie her und dürfte damit wohl auch die Gewähr der absoluten Zuverlässigkeit gegeben sein. Sie beginnt mit

Aus den Lehrjahren.

Erzählung von Robert Schweichel.
(Fortsetzung.)

Der Brief, den er über Schwandels Schulter mitlas, war von dem Chef der politischen Polizei in Berlin unterzeichnet. Er bescheinigte den Empfang von Telmanns letztem Bericht aus Lausanne, lobte seinen Eifer, zu dessen Anspornung drei Einburgerliche Zeitschriften beigefügt waren, und ermahnte ihn, die Namen und Adressen Derjenigen zu erforschen, mit denen die Flüchtlinge in Deutschland in Verbindung tränden; auch sollte er der Korrespondenz der Flüchtlinge untereinander in der Schweiz und England nachspüren. Wüßte man, woher es, wenn er von dem Briefe, den A. Telmann jüngst aus London erhalten hätte, wenn nicht das Original, so doch eine Abschrift einsehen könnte. Schwandel ließ das Blatt sinken und taufte mit dem hinter ihm stehenden Maler einen langen Blick aus. „Nicht soll er tanzen, die Musik haben wir“, flüsterte er, und trug das Datum und den Namen des Abteilungschefs in sein Taschenbuch ein. Bald darauf erschien Telmann wieder in dem Zimmer. „Man, mein Herr, ich bin bereit!“ „Wir auch“, sagte Schwandel, „nahm den Brief, den er offen vor dich hingeliegt hatte und erob dich.“ „Zunächst aber muß ich Sie wegen einer kleinen

1. Unfallgefahr und Unfallversicherung.

Wer die statistischen Berichte des Reichsversicherungsamtes verfolgt, findet, wie sich die Zahl der gewerblichen als auch der landwirtschaftlichen Betriebsunfälle Jahr für Jahr mit unheimlicher Regelmäßigkeit sowohl relativ wie absolut steigert. Lange Zeit hat man versucht, diese Zunahme auf die wachsende Vertraulichkeit der Versicherten mit den unfallgesetzlichen Bestimmungen zurückzuführen, die sie veranlassen sollte, auch die kleinsten und harmlosesten Unfälle anzugehen. Allein diese Erklärung ließ sich nicht aufrechterhalten. Die Zahl der Unfälle stieg weiter und nicht nur der leichten, sondern auch der schweren Unfälle, was nicht der Fall hätte sein können, wenn jene Erklärung richtig gewesen wäre. Auch eine andere Erklärung, die auf die Annahme einer durch die Unfallversicherung geförderten Leichtfertigkeit der Arbeiter gegenüber den Unfallgefahren der modernen gewerblichen Betriebe hinauslief, mußte fallen gelassen werden, weil sie den Verhältnissen nicht entsprach. Ist es doch auch geradezu lächerlich, von den Arbeitern anzunehmen, daß sie wegen der Aussicht auf eine in jeder Beziehung unzureichende Unfallentschädigung Leben und Gesundheit leichtfertig aufs Spiel setzen. Man hat sich denn schließlich dazu bequemen müssen, die unangenehme Tatsache anzuerkennen, daß die Ursache der zunehmenden Unfallhäufigkeit in der ständig wachsenden Intensität der modernen Produktionsweise, der steigenden Verwendung arbeitssparender Maschinen und der nicht genügenden Verwirklichung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen zu suchen ist.

Das Jahr 1907 hat gegenüber seinen Vorgängern keine Aenderung gebracht, sondern ebenfalls mit einer erhöhten Unfallziffer abgeschlossen. Nach den vorläufigen Ermittlungen des Reichsversicherungsamtes gelangen bei den Berufsgenossenschaften, Reichs-, Staats- und sonstigen Ausführungsbehörden 663 053 Unfälle zur Anmeldung, wovon 144 410 eine Entschädigungsfestsetzung erforderten. Ein schließlich der neu hinzutretenden Unfälle wurden im Jahre 1907 Entschädigungen gezahlt an 887 921 Verletzte, 77 807 Witwen, 106 712 Minder und Enkel und 4125 Verwandte der aufsteigenden Linie, also Eltern und Großeltern. Daneben erlitten noch 15 504 Ehefrauen bzw. Ehemänner, 32 541 Minder und Enkel und 264 Verwandte der aufsteigenden Linie als Angehörige von in Seilschaften untergebrachten Verletzten die geschiedenen Unterstützung, so daß insgesamt 1 221 874 unterstützungsberechtigte Personen anfielen.

Diese Unterstützungsleistungen werden bei der Unfallversicherung bekanntlich nicht so leicht gewährt, sondern es bedarf oft erst eines schwierigen harten Kampfes, ehe der Verletzte oder seine Angehörigen dazu gelangen. Das ergeben auch die von den Berufsgenossenschaften erlassenen 417 957 berufsunfähige Bescheide, wogegen in 70 957 Fällen Berufung zum Schiedsgericht erhoben wurden. Daneben laufen noch 21 050 Anträge gemäß § 88 Abs. 3 G.L.G. und der entsprechenden Bestimmungen der übrigen Unfallgesetze, welche eine anderweitige Entschädigungsfestsetzung wegen eingetretener wesentlicher Veränderungen der Unfallfolgen bezweckten. Das Reichsversicherungsamt hatte sich mit 19 604 Rekursen zu beschäftigen, gegen 19 634 im Vorjahre. Es liegt somit für 1907 ein geringes Zurückgehen der Rekurshäufigkeit vor, was nach der

sonst zu beobachtenden ständigen starken Zunahme etwas auffällig ist. Relativ ist zwar schon seit Jahren eine Abnahme der Rekurshäufigkeit zu bemerken gewesen. Diese Abnahme trat jedoch vor der absoluten Zunahme der Rekursfälle derart in den Hintergrund, daß man in den maßgebenden Kreisen ersthaft die Frage erörtern, auf welche Weise durch eine Veränderung des Verfahrens dieser Steigerung ein Ende gemacht werden könnte. Von den anfänglichen Berufungen wurden 18 595 = 20,47 Prozent zugunsten der Verletzten, 62 782 gleich 69,12 Proz. zugunsten der Berufsgenossenschaften, von den Rekursen 2312 = 19 Proz. zu Gunsten der Verletzten, 2168 = 52 Proz. zugunsten der Berufsgenossenschaften, die übrigen durch Bestätigung der angefochtenen Schiedsgerichtsurteile bzw. durch Zurückverweisung an das Schiedsgericht oder den Versicherungsträger entschieden.

Bei solcher Sachlage ist es wohl begreiflich, wenn in den Berichten der Arbeitersekretariate die Unfallversicherung an erster Stelle steht und die meisten Auskunftsfindenden aufweist. Im Jahre 1907 verzeichnen die Jahresberichte der von den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei errichteten Arbeitersekretariate insgesamt 419 832 auskunftsfindende Personen, denen in 447 361 Fällen Auskunft erteilt wurde, wovon 79 244 = 17,3 Proz. auf die Unfallversicherung entfallen. Ein ähnliches Verhältnis ergibt sich auch in bezug auf die Anfertigung von Schriftsätzen, von deren Gesamtzahl mit 105 015 nicht weniger wie 27 251 = 25,7 Proz. die Unfallversicherung betrafen.

Diese Zahlen sprechen eine berechtigte Sprache. Sie allein machen schon erkrankbar, welche Kämpfe sich zwischen den Verletzten und den Trägern der Unfallversicherung abspielen. Nicht aber lassen sie erkennen, welche Inanmut von Not, Elend, Sorge und Verzweiflung dahinter sich verbergen. Desio deutlicher geht das aber aus den Berichten der Arbeitersekretariate hervor, wenn man dort das Kapitel „Unfallversicherung“ einer Durchsicht unterzieht.

Auf dem 21. Berufsgenossenschaftstag in Mannheim wurden die Leistungen der Unfallversicherung und der Berufsgenossenschaften von dem gegenwärtigen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, in überschwenglicher Weise gefeiert. Er sagte unter anderem:

„Wenn es gelungen ist, die Arbeiterversicherung in dem humanen Geiste ihres erlauchten Schöpfers durchzuführen, so ist das in erster Linie der opferwilligen und selbstlosen Tätigkeit der ehrenamtlichen Organe der Berufsgenossenschaften zu danken. . . . Ich freue mich, heute feststellen zu können, daß nach meinen Beobachtungen die Berufsgenossenschaften ihre Aufgabe durchweg glücklich gelöst haben. Manche Berufsgenossenschaften haben auf dem Gebiete der Unfallverhütung und der Selbstbehandlung wirklich Großes geleistet. . . . Aber in der Hauptsache, das wiederhole ich, haben nach meiner Ansicht die Berufsgenossenschaften das geleistet, was der Gesetzgeber von ihnen erwartet hatte.“

Herr Dr. Kaufmann ist Leiter derjenigen Stelle, welche als die höchste und entscheidende in Unfallversicherungssachen gilt. Von ihm sollte man erwarten können, daß er die Verhältnisse auf diesem

Judiskretion um Entschuldigung bitten. Ich habe mir erlaubt, diesen Brief des politischen Polizei Verlies an Sie zu lesen. Daß Sie nicht aus Zürich zu uns gekommen und kein politischer Flüchtling sind, wußten wir schon vorher.“

Telmann zuckte wie von einem Schlag getroffen zusammen. Feuerrote überzog sein Antlitz und machte in der nächsten Minute einer fahlen Blässe Platz.

„Das ist — das ist —“ stammelte er verwirrt und rief dann, sich aufraffend, mit starker Stimme: „Wie durften Sie es wagen . . .?“

„Können ein wenig ins Handwert zu pfücken?“ sperrte Schwandel. „Sie haben mich überzeugt, daß es gewisse Leute gegenüber mir nicht notwendig ist, wenn t in andere Mittel will verfangen, wie der Teufel sagt.“ Seine große Gewalt ansetzend, fuhr er ernst fort: „Nomena wie zum Beispiel Mein Freund und ich haben diesen Brief gelesen, den ich hiermit wieder auf den Tisch des Hauses lege. Heute abend werden es die deutschen, französischen und italienischen Flüchtlinge hier in Lausanne wissen, daß Sie entlarvt sind, und Sie, Herr Telmann, werden einsehen, daß damit Ihre höchsten Gefährte beudet sind und Sie aus Rücksicht auf Ihr eigenes Wohl am besten tun werden, morgen mit dem ersten Bahzuge von hier nach Deutschland abzureisen.“

„Aber, meine Herren, so hören Sie mich doch an,“ rief Telmann mit bebenden Lippen.

„Wir haben Ihnen nur noch eine glückliche Heimreise zu wünschen,“ erwiderte Schwandel mit scharfer Stimme.

Beide verbogen sich und verließen das Zimmer. „Hoff“ atmete Schwandel vor der Tür aus tiefster Brust auf. „Eigentlich haben wir den feigen Hund viel zu anständig behandelt.“

Der Maler rieb sich mit lautem Lachen frampfhaft die Hände.

Auf dem Bahnhof, der auf halber Höhe zwischen dem Hafen von Luchin am See und Lausanne liegt, waren in der Frühe des Tages etliche deutsche Flüchtlinge versammelt, um sich zu überzeugen, daß Telmann wirklich abreiste. Kurz vor Abgang des Zuges über Freiburg nach Basel erkrankte er mit einem Handstreich. Drei erkrankte Handstreich wollte er an den Landstreiter vorübergeben. Diese aber wandten wie auf Verabredung dem Verurteilten den Rücken zu.

„Eigentlich müßte die Regierung Spörker und mir das Ehrenbürgerrecht von Lausanne erteilen,“ äußerte Schwandel jovial, als der Zug mit einem hellenden Pfiff sich langsam in Bewegung setzte. „Denn wir haben ihr so viel Verdienstlichkeit dadurch erspart, daß wir den preussischen Spion ausräucherten.“

Man lachte, und Mutter sagte, ihm die Hand drückend: „In meinem Herzen hast Du die ein Ehrenbürgerrecht erworben.“

Gebiete kennt. Leider scheint dem nicht so zu sein, denn sonst wäre sein Urteil über die Handhabung des Unfallversicherungsgesetzes und die Leistungen der Berufsgenossenschaften nicht möglich. Auf Schritt und Tritt lernt man das Gegenteil kennen und die in diesem Punkte völlig übereinstimmenden Jahresberichte der Arbeitersekretariate liefern eine Fülle von Beweisen dafür, daß die Dinge anders liegen als Herr Dr. Kaufmann glauben machen will.

2. „Freiwillige Leistungen“ der Berufsgenossenschaften.

Auf keinem anderen Gebiete der Sozialgesetzgebung gestalten sich die Verhältnisse gleich trostlos für die Arbeiter und haben sie für Erlangung der ihnen zukünftigen Versicherungsleistungen einen so verbitternden und aufreibenden Kampf zu führen. Nicht, daß man hierfür ausschließlich die Träger der Versicherung, die Berufsgenossenschaften, verantwortlich machen könnte, nein — auch das Gesetz ist daran schuld, indem es sich nach den verschiedensten Richtungen als lüdenhaft und unzulänglich erweist! Besonders tritt das dort zutage, wo der Gesetzgeber an die soziale Einsicht der Berufsgenossenschaften appellierte und sich an Stelle von zwingenden Bestimmungen damit begnügte, ihnen das Recht zu geben, auf statutarischem Wege bestimmte Leistungen zu gewähren oder die gesetzlichen Leistungen auszubehnen.

Dieses Vorgehen hat sich nicht bewährt; denn den Berufsgenossenschaften fällt es nicht ein, den Verletzten mehr zu bieten, als ihnen das Gesetz vorschreibt. So weiß kein einziger Bericht davon zu melden, daß je von einer Berufsgenossenschaft die Bestimmung des § 9 Abs. 5 des G.-U.-G., wonach aus Anlaß ihres Unfalls unverschuldet arbeitslosen Verletzten eine vorübergehende Rentenerhöhung gewährt werden kann, zur Anwendung gebracht worden wäre. Wo Schiedsgerichte bei ihren Entscheidungen diese Bestimmung zugunsten der Verletzten heranzogen, wurde von den Berufsgenossenschaften stets sehr lebhaft dagegen opponiert.

Nicht besser steht es mit der nach § 5 G.-U.-G. und § 2 U.-G. für Land- und Forstwirtschaft den Berufsgenossenschaften aufzuerlegenden Ausdehnung der Versicherungspflicht, und der durch § 1 Abs. 6 des letztgenannten Gesetzes vorgesehenen Festlegung der als Betriebsbeamte geltenden Personen. Nur eine ganz geringe Anzahl von Berufsgenossenschaften haben von dieser Befugnis Gebrauch gemacht; daß es nicht allgemein geschieht, liegt daran, weil man ohne diese Ausdehnung billiger davon kommt.

3. Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes.

Eine noch schämerzlichere Minderbegrifflichkeit des Unfallversicherungsgesetzes kommt in der unzulänglichen Entschädigung der Unfallfolgen zum Ausdruck. Nicht genug, daß dem Verletzten nicht der durch den Unfall entstandene volle Schaden ersetzt, sondern nur eine Rente aus zwei Dritteln des festgestellten Jahresarbeitsverdienstes gewährt wird, erhalten die landwirtschaftlichen Verletzten noch wesentlich weniger, indem der Berechnung ihrer Rente nicht ihr tatsächlicher Jahresarbeitsverdienst, sondern ein von den Bezirks- oder Kreisbehörden festgesetzter Durchschnittsbetrag zugrunde gelegt wird. Dieser amtlich ermittelte Jahresarbeitsverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter bleibt fast allgemein weit hinter ihrem wirklichen

Lohneinkommen zurück. Teilweise kommen für männliche Arbeiter noch Jahresarbeitsverdienste von 400 Mark als Grundlage für die Rentenfestsetzung in Anwendung. Technisch liegen die Verhältnisse mit den ortsüblichen Tagelöhnen, die ebenfalls oft sehr erheblich niedriger als die am Orte üblichen Niedriglöhne sind. Daß derartige Festsetzungen noch bestehen, daran sind die Arbeiter nicht ganz unschuldig, begegnet man doch in bezug auf die Bedeutung der durchschnittlichen Jahresverdienstfestsetzung und der ortsüblichen Tagelöhne in den erwerbenden Kreisen einer sehr weitgehenden Unkenntnis und Gleichgültigkeit. Die gewerkschaftlichen Organisationen könnten hier manches leisten.

Die Steuerbelastung der preussischen Konsumvereine durch die Gesellschaftsteuer.

Das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stellte zum Zweck der Bekämpfung der neuesten Steuerpläne der preussischen Regierung fest, was die preussischen Konsumvereine schon jetzt an Einkommensteuer für Staat und Gemeinde zu entrichten haben. Hier das Resultat dieser Erhebungen:

363 Konsumvereine mit 292 524 Mitgliedern und einem Umsatz von 69 390 102 Mk. zahlten als Rückvergütung 4 964 607 Mk. aus. Diese Rückvergütung wurde mit 482 181 Mk. Steuern belastet. Die Steuer beträgt 8,57 Proz. des Reinertrages von 5 622 454 Mk.

Das Geschäftsaufhaben der 363 Vereine beträgt 4 395 471 Mk. Die Gesellschaftsteuer bezieht auf dieses Geschäftsaufhaben als das „Kapital“ der Genossenschaften. Nach dem Gesellschaftsteuerentwurf soll die Steuer um so höher werden, je größer der Gewinn im Verhältnis zum Kapital ist. Wenn der Gewinn 18 Proz. des Grundkapitals ausmacht, soll die Steuer bei Genossenschaften den höchsten Satz von 5 Proz. des Gewinnes betragen. Bei den 363 preussischen Vereinen des Zentralverbandes beträgt die Reinerübrigung über 17,88 Proz. der Geschäftsaufhaben, des „Genossenschaftskapitals“ der Gesellschaftsteuer. Daraus ergibt sich: 1. daß alle preussischen Konsumvereine den höchsten Steuersatz zu zahlen hätten; 2. daß die Gleichsetzung der Geschäftsaufhaben einer Genossenschaft mit dem Kapital einer Aktiengesellschaft eine Ungerechtigkeit darstellt. Entweder haben die Verfasser des Entwurfs der Gesellschaftsteuer keinen blaffen Schimmer vom Wesen einer Genossenschaft oder sie wollen die Konsumvereine erdrücken und wenden aus diesem Grunde den falschen Steuerentwurf an.

Die Konsequenzen dieser Methode ergeben sich aus folgender Statistik:

Table with 6 columns: Gruppen der Vereine nach Höhe der Preisverteilung, Umsatz im eigenen Geschäft, Reinertrag, Rückvergütung, Gesellschaftsteuer, Steuern pro Mitglied. Rows include categories I-VI and average groups.

Das also sind die Großkapitalisten, die noch leistungsfähiger sein sollen als die reichsten Aktionäre! Ein „Kapital“ von ganzen fünfzehn Mark, eine Reinerübrigung von 19,20 Mk. und eine Konsumersparnis von 16,90 Mk.! Man möchte über die Identifizierung dieser Dinge mit den Resultaten kapitalistischer Erwerbsgesellschaften lachen, wenn sie nicht bereits zu so erschreckend ungerechten Ergebnissen geführt hätte. 16,90 Mk. muß sich der kleine Konsumist von seiner Erwerbungs schon weit wegbesteuern lassen. Und man beachte, wie sich diese Konfiskation expandieren könnte — denn „Steuer“ ist eine zu gute Bezeichnung hierfür — verschlimmert, je größer der Nahrungsbedarf ist, dessen Selbstdeckung die Mindererwerbenden zur Folge hat. Wer für 179 Mk. konsumiert, zahlt 0,50 Mk., wer aber für 393 Mk. konsumiert, zahlt 4,30 Mk. Steuern. Besser kann nicht erwiesen werden, daß die Besteuerung konsumgenossenschaftlicher Erwerbungen in Wahrheit eine Verbrauchsabgabe überlebens Art ist. Je größer der Nahrungsbedarf und demzufolge der Konsum, um so höher die Steuer. Minderreiche Familien werden am härtesten betroffen. Alles Kennzeichen der Verbrauchssteuer! Und zwar bei einer Verbrauchssteuer, die sich von allen sonstigen nur durch ihren ausnahmsgeblichen Charakter unterscheidet. Denn sie ist ja nicht jedermann für jedwede Erwerbsform beim Einkaufe auferlegt, sondern nur denjenigen Konsumisten, die von ihrem Recht auf wirtschaftliche Selbsttätigkeit genossenschaftlichen Gebrauch machen.

Wir wollen aber auch an einzelnen Beispielen zeigen, in welchem Maße einzelne Vereine heute schon durch die Steuer belastet werden. Folgende Tabelle gibt uns darüber Auskunft:

Table I: Gruppe mit über 2 1/2 bis 5 Proz. Rückvergütung. Columns: Konsumvereine, Umsatz, Ertrübrigung, Steuern. Rows include Bergeshof, Lingen a. d. Ems, Herdorf, Stauffung, Zallgast, Fürstentwabe, Dsmünde, Hildesheim, Harburg.

Table II: Gruppe mit über 5 bis 7 1/2 Proz. Rückvergütung. Columns: Konsumvereine, Umsatz, Ertrübrigung, Steuern. Rows include Salza, Wunstorf, Hersfeld, Tegel, Stendal, Zeitz.

Table III: Gruppe mit über 7 1/2 bis 10 Proz. Rückvergütung. Columns: Konsumvereine, Umsatz, Ertrübrigung, Steuern. Rows include Milspe, Rheinland, Elrich, Alfeld a. d. Leine, Naumburg, Wittenberge, Eilenburg, Langenbielau, Lungenwalde, Forst, Stettin, Magdeburg.

die Hände vom Licht, das glühend rot geworden war. Sie ließ ihn die Hände, aber sie wagte es nicht, ihn anzusehen, während sie kaum hörbar flüsterte: „Papa bittet eben den Großherzog, daß wir heimkommen dürfen.“

„Aber ich lasse Sie nicht fort! Fühlen Sie denn nicht...“

Frieda machte plötzlich mit einem kleinen Schrei ihre Hände aus den feintigen los, sprang auf und warf sich an die Brust der Mutter, die eben in das Zimmer trat. Diese richtete, indem sie ihren Arm um den Leib ihres Kindes legte, einen wehr als erstaunten Blick auf Mutter, der sich verlegen von den Knien erhob.

„Verzeihen Sie mir, Frau Kaufherr,“ bat er. „Ja, ich liebe Frieda. Ich habe bis zu diesem Augenblick meine Leidenschaft beherzigt, nun ich höre, daß Sie Kaufmann verlassen wollen, hat sie die Fägel zerrissen. Ich liebe Frieda, heiß, glühend, mehr als mein Leben, und ich kann sie nicht verlieren!“

„Ach, Mama, liebe Mama!“ lang es flüsternd in des Ohr der Mutter, und diese seufzte:

„Ihr Geständnis überreicht mich auf das schmerzlichste. Sie müssen sich der Trennung fügen, selbst wenn mein Kind Ihre Gefühle erwidern sollte. Denn erstens ist es für die Ehe noch viel zu jung, und dann: worauf könnten Sie einen Hausstand gründen? Es ist meine Pflicht, offen mit Ihnen zu sprechen. Haben Sie doch weder eine Heimat, noch einen sicheren Vorkerwerb.“

„Aber ich verdiene genug, um einer Frau, die nicht durch Luxus verwöhnt ist, eine Hauslichkeit einzurichten!“ rief er, den Kopf mutig erhebend. „Ich habe den Willen und fühle in mir die Kraft, für diejenige, die mich wieder liebt, wie ich sie liebe, unermüdet zu arbeiten.“ Er sah auf Frieda, die seinen Blick mit strahlenden Augen erwiderte, sich aus den Armen der Mutter löste und ihm die Hand reichte. Er hielt diese kleine Hand fest und fuhr fort: „Das Glück unserer gegenseitigen Liebe wird uns über die kleinen Leiden des Lebens erheben. Uebrigens ist der Professor der deutschen Sprache und Literatur und Akademie schon ein sehr alter Herr, und meine Hoffnung, an seine Stelle zu treten, wenn er sich zur Ruhe setzt, ist wohl nicht zu fahn.“

„Aber an die Eltern denken Sie nicht,“ warf ihm die Mutter vor, indem sie Frieda wieder an sich zog. „Mein Mann wird nie dazwischen willigen, sein Kind in diesem Lande, das er so wenig liebt, zurückzulassen.“

„Aber Sie werden uns beistehen und ihn dazu bewegen,“ schmeichelte er, und auch Frieda bat, freizulassen und küßte sie.

Sie seufzte: „Wie ich ihn auch wird alle, der gelid sein.“

Es blieb den Liebenden nichts übrig, als sich in Geduld zu fügen.

(Schluß folgt.)

Er verabschiedete sich rasch; denn seine Scherpflcht rief ihn nach einem Knabenpensionat, das droben ein gut Stück außerhalb der Stadt lag.

Eine eigentümliche Wirkung machte die Enttüllung des Epithels auf Kaufherr. Daß zu allem, was ihm den erzwungenen Aufenthalt im Baadlande widerwärtiger machte, sich auch noch solches Ungeziefer gesellte, brachte ihn vollends aus dem Häuschen. Ober vielleicht bot es ihm auch nur einen in der Stille gesuchten Vorwand, um seinen Frieden mit dem Großherzog zu machen. Denn der Funke, den Melling in seine Seele geworfen hatte, von der Gattin leise geschürt, darin stetig fortgekommen und den Fürstenthum des Revolutionärs verzehrt. Gold wird rein durch Feuer, heißt ein Sprichwort.

Als Mutter im Laufe des Vormittags zur Lektion sich einfind, empfing ihn Frieda allein. Ihn hatte die Abreise Cohnanns die Brust erleichtert, Frieda machte eine betrübte Miene.

„Ihnen ist etwas Unangenehmes widerfahren, Fräulein Frieda; darf ich es wissen?“ forschte er bestürzt.

Sie schüttelte vermeinend den kleinen Kopf, und als er trübsinnig weiter in sie drang, da bebt sie: „Papa will fort von hier,“ verberg das Gesicht in ihren Händen und weinte.

Ein paar Sekunden lang starrte er starr, dann brach er aus: „Aber das ist unmöglich. Das darf nicht sein. Ich kann Sie nicht verlieren. Friedal Friedal!“ Und er kniete vor ihr nieder und zog ihr

die „Solidarität“ der Kollegen einer als sehr „christlich“ befaunten Firma hingewiesen, die zum größten Teil bei der letzten Lohnbewegung sich dem Verbande angeschlossen, dann aber alsbald ihre Mitgliedschaft fahren gelassen hätten, nachdem sie durch die Wirksamkeit des Verbandes Lohnerhöhungen bekommen hatten. Als wünschenswert wurde noch das Heranziehen der Kolleginnen zum Verband erklärt. Der Geist und der Zusammenhalt der Kollegenschaft in Lübeck scheint ein guter zu sein.

Von Schwerin kann man das nämliche behaupten, da die älteren Kollegen den Stamm der Zahlstelle bilden und für den geregeltten Gang der Verbandsgeschäfte Sorge tragen. Die Versammlung verlief sehr anregend und man gab sich gegenseitig das Gelübnis, trotz der Unrichtigkeit einer Anzahl noch aufstehender Kollegen zu versuchen, dieselben für den Verband zu gewinnen. Dies würde um so vorteilhafter auch für die Betroffenen sein, als die geplante bevorstehende Lohnbewegung um so leichter durchzuführen sein würde, je weniger Unorganisierte vorhanden wären.

In Rostock waren nur Verbandsmitglieder anwesend, da die Unorganisierten meinen, „Lebensstellung“ und auch sonst das Ziel ihrer Wünsche erreicht zu haben, weil sie teilweise den fürstlichen Lohn von 21 Mk. pro Woche verdienen. In Rostock, obgleich Universitäts- und Handelsstadt, flieht die industrielle Entwicklung ziemlich träge dahin, zumal der Schiffbau sehr zurückgegangen ist. Die Zahl der Berufsbahnen ist daher eine ziemlich kleine und demgemäß auch die der Verbandsmitglieder. Trotz alledem wollen unsere Kollegen dort nicht müßig sein, sondern alles daran setzen, die Zahlstelle zu heben.

Wenn ich noch hinzusetze, daß es mir Freude gemacht hat, in Schwerin und Rostock meine engeren Landsleute begrüßen zu können, so glaube ich damit das Wichtigste mitgeteilt zu haben. E. Lotz.

Korrespondenzen.

Die Aussperrung in Schweden ist beendet. Die Aussperrten sahen sich veranlaßt, die Vorlage der Unternehmer anzunehmen, um die allgemeine Aussperrung zu verhindern. Die Arbeit wurde am 21. November wieder aufgenommen. Die Aussperrung dauerte 19 Wochen. (Auf Einzelheiten kommen wir noch zurück.)

Schweden: Stockholm und Eskilstuna sind gesperrt.

Norwegen: Gesperrt sind Forsgrund und Skien.

Die wirtschaftliche Krise macht es unseren Mitgliedern mehr als je zur Pflicht, vor jedem Stellungswechsel bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuholen. Die bestehenden tariflichen Abmachungen müssen strengstens eingehalten werden, und darum ist es unerlässlich, daß Vorstehendes genau beachtet wird.

In Karlsruhe, Nachen, Düsseldorf, M.-Glabbad und Köln befindet sich unsere Kollegenschaft in einer Tarifbewegung. Bei eventuellem Stellenwechsel resp. Arbeitsangeboten aus diesen Städten wende man sich unter allen Umständen an die betreffenden örtlichen Bevollmächtigten um Auskunft.

Köln. Der Buchbinderereibesitzerverein von Köln und Umgebung hat in einem Schreiben vom 22. November an die dortige Tarifkommission jede weitere Verhandlung als überflüssig bezeichnet, falls nicht ihr Angebot angenommen würde. Demgegenüber haben die Buchdruckereiprinzipale einen neuen Verhandlungstermin bereits anberaumt.

Düsseldorf. Am 16. November fand die für Düsseldorf angeordnete öffentliche Versammlung statt, welche sich, wie die am Tage vorher in Köln stattgefundenen, mit den bisherigen Tarifverhandlungen und dem letzten Angebot der Unternehmer beschäftigte. Kollege Groenhoff schiederte kurz noch einmal den ganzen Verlauf der Tarifbewegung und erstattete sodann Bericht über die am 29. Oktober in Köln erfolgte Tarifverhandlung.

In der Diskussion, an der sich 10 Kollegen beteiligten, kam allgemein die Entrüstung der Kollegenschaft über das geringe Entgegenkommen der Prinzipale zum Ausdruck.

Der Tarifkommission wurde nachstehend Resolution als Richtschnur mit auf den Weg gegeben: „Die heute, am 16. November 1908, von der gemeinsamen Tarifkommission einberufene öffentliche Buchbinderversammlung nimmt Kenntnis von

der Weigerung der Prinzipale, angemessene Minimallohne festzusetzen.

Um alle friedlichen Wege zu erschöpfen, wird die Tarifkommission von der zahlreich versammelten Gehilfenschaft beauftragt, erneut Verhandlungen anzubahnen, und zwar auf der Grundlage des letzten Lohnangebots.

Die Versammlung erachtet es jedoch als unbedingt notwendig, daß als Minimum für die älteren Gehilfen 25 und 27 Mk. maßgebend wird.

Nachdem nun die Prinzipalität auch den Vermittlungsantrag der Tarifkommission abgelehnt hat, wonach während der fünfjährigen Tarifdauer nach den ersten zwei Jahren die ersten drei Staffeln um je 1 Mk. und die höchste Staffeln um 1,50 Mk. erhöht werden sollte, darf die Tarifdauer höchstens drei Jahre betragen.

Die Versammlung beantragt, die nächste Verhandlung nun auch einmal in Düsseldorf stattfinden zu lassen.

Inzwischen ist uns bereits die Mitteilung zugegangen, daß die nächste Verhandlung am Mittwoch, den 25. November, im „Bauhofshotel“ zu Düsseldorf stattfinden soll.

Nachen. Am 21. November fand eine öffentliche Versammlung der in Buchbindereien und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Dieselbe war außerordentlich gut besucht, da sie sich mit der Tarifbewegung beschäftigen sollte.

Zunächst wurde das Antwortschreiben der Prinzipale und unsere Stellungnahme hierzu behandelt. Der erste Referent, Herr Hornbach (Vorsitzender des christlich-graphischen Verbandes), skizzierte den ursprünglichen Gedanken eines Vierstädtetarifs, wobei die Städte Köln, Düsseldorf, Nachen und M.-Glabbad in Betracht kamen. Redner gab die statgefundenen Verhandlungen in allen Einzelheiten sowie auch die Erklärung der Prinzipalsvertreter von der Sitzung vom 30. Oktober 1908 bekannt. Seine Ausführungen hierzu wurden von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommen. Der zweite Referent, Kollege Groenhoff, gibt die Erklärung ab, daß der vor drei Jahren abgeschlossene Tarif ein so minimaler sei, daß die ganze Kollegenschaft, ja sogar ein großer Teil der Prinzipalität von ganz Rheinland-Westfalen sich gewundert habe über die niedrigen Löhne des Nacher Tarifs. Nun soll laut Angebot der anderen Arbeitgeber dieser Tarif auf 4½ Jahre verlängert werden. Die Arbeitgeber bezeichnen dies als ein Wohlwollen ihrerseits und führen noch die Absicht an, diesen alten Tarif zu reduzieren. Kollege Groenhoff erntete gleichfalls ungeteilten Beifall. In der darauffolgenden sehr bewegten Diskussion, während welcher allgemein der abschneidende Standpunkt der Arbeitgeber scharf kritisiert wurde, tritt im großen und ganzen in Erscheinung, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, auf Grund des alten Tarifs weiterzuarbeiten. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, am 21. November 1908, im „Prinzenhof“ tagende öffentliche Versammlung aller in Buchbindereien und verwandten Berufszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt mit dem größten Bedauern von dem abschneidenden Standpunkt der Arbeitgeber Kenntnis. Sie be dauert die rückständigen, jedes soziale Verständnis vernichtenden Anschauungen der Arbeitgeber und erklärt, daß eine Verlängerung des bestehenden Tarifs angesichts der allgemeinen Teuerung und der bestehenden sehr minimalen Lohnsätze unannehmbar ist.

Wenn seitens der Arbeitgeber kein besseres Entgegenkommen in bezug auf den neu eingezeichneten Tarif gezeigt wird, so sieht die Arbeiterschaft keine Möglichkeit, den beabsichtigten Weg auf friedliche Vereinbarungen weiterzugehen. Für die dann unausbleiblichen Kämpfe trägt die Arbeiterschaft die Verantwortung. Die Versammlung verpflichtet, trenn und fest zusammenzusehen, ihre Organisationen hochzuhalten und kräftig für die gerechten Forderungen einzutreten.“

Stuttgart. Am 23. November tagte hier eine außerordentliche, gut besuchte Mitgliederversammlung, die sich in der Hauptsache mit folgenden Austrägen befaßte: 1. Die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene Extraktsteuer in Stuttgart obligatorisch zu erheben, und zwar für männliche Mitglieder 10 Pf. und für weibliche Mitglieder 5 Pf. pro Woche. 2. Aus lokalen Mitteln der Verbandsstaffe 500 Mk. zu überweisen.

Kollege Dietrich legte in klarer und überzeugender Weise die Notwendigkeit einer außerordentlichen Stärkung der Verbandsstaffe dar. Wir können alle Tage sehen, wie die Prinzipale darauf bedacht sind, uns an den Boden zu werfen. Tarifdurchbrüche, prägnantes Auftreten lassen erkennen, daß die Arbeitgeber meinen, uns in der schlechtesten Konjunktur alles bieten zu dürfen. Deshalb ist es das einzige Mittel, dem entgegenzutreten, daß wir unsere Qualifikation anhäufen, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein. Auch sollten alle in Arbeit stehenden

Mitglieder unserer Organisation ihr Scherflein dazu beitragen, daß der Verband seine große Zahl von arbeitslosen Mitgliedern, die die fluchwürdige kapitalistische Gesellschaftsordnung produziert, vor dem größten Elend bewahren kann. Ganz ungeheuer sind die Leistungen des Verbandes an Arbeitslosenunterstützungen im letzten Jahre gestiegen. Trotzdem ist der Verband allen seinen Verpflichtungen nachgekommen, ja hat sogar noch in den schlechtesten Zeiten den Kapitalisten zum Tanz aufgespielt, als diese sich erkühnten, ihren Arbeitern eine 10prozentige Lohnkürzung anzubieten. Die bestete Aufgabe des Verbandes ist, die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder zu verbessern und dazu ist recht viel Geld nötig. Deshalb ist es angebracht, daß außergewöhnliche Mittel geschaffen werden.

Die meisten Diskussionsredner sprachen sich dahin aus, freudig bereit zu sein, zu tun, was in ihren Kräften stünde. Der Antrag des Vorstandes war ihnen viel zu larg und wurden viel weitgehendere gestellt. Zur Annahme gelangte mit überwältigender Majorität der Antrag, von der 48. Woche an bis Jahresabschluss einen obligatorischen Extrabeitrag von 20 Pf. von männlichen und 10 Pf. von weiblichen Mitgliedern, ab 1. Januar 1909 10 Pf. von männlichen und 5 Pf. von weiblichen Mitgliedern bis auf weiteres zu erheben. Der zweite Antrag des Zahlstellenvorstandes, aus lokalen Mitteln 500 Mk. der Verbandsstaffe zuzuwenden, wurde ebenfalls ohne lange Diskussion angenommen.

Mathenow. Die Zahlstelle Mathenow hielt am 18. November ihre Generalversammlung ab, in der u. a. auch 5 Kolleginnen anwesend waren. Der Massenbericht wurde vom Kollegen Dalge gegeben. Die Einnahmen betragen 793,05 Mk., die Ausgaben 652,03 Mk. Hierzu ist zu bemerken, daß nur 100 Mk. an die Verbandsstaffe eingekauft werden konnten, da auch die hiesige Zahlstelle von der Krise betroffen wird. Mitglieder waren vorhanden 100 männliche und 16 weibliche. Übergetreten sind eine Kollegin in die 2., 15 Kollegen in die 4. Beitragsklasse. Den Stattebericht erstattete Wulfe. Hierauf wurde vom Vorsitzenden die Notwendigkeit der freiwilligen Extrastener begründet. Die Versammlung war mit dem Vorgehen einverstanden und beschloß, aus der Lokaltasse 30 Mk. der Verbandsstaffe zu überweisen. Sodann konnte die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß die Agitationskommission 15 Neuaufnahmen zu verzeichnen hat. Es wurde zugesichert, daß kräftig weiter agitiert wird. Leider mußte der Vorsitzende der Agitationskommission feststellen, daß einige Kollegen zu den Sitzungen der Kommission nicht erschienen waren. An deren Stelle wurden andere, darunter zwei Kolleginnen, gewählt. Ein Antrag, eine Versammlung mit einer Referentin für die Kolleginnen einzuberufen, wurde angenommen.

Sulzbach. Unsere Generalversammlung vom 17. November war leider wieder nur mäßig besucht, aber immerhin doch noch etwas besser als die vorhergehenden. Ist es doch vorgekommen, daß die Versammlungen wegen zu schwachen Besuches ausfallen mußten. Ein erfreuliches Zeichen ist es auch gerade nicht, daß namentlich die Kolleginnen nur dann etwas zahlreicher vertreten sind, wenn Vergünstigungen beschloffen werden sollen. Ein Ausposten zu intensiver Tätigkeit können die oben angeführten Tatsachen wahrlich nicht sein. Der Vorsitzende machte auf die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene freiwillige Extrastener aufmerksam und empfiehlt, von den ausgegebenen Extramarkten fleißigen Gebrauch zu machen. Dem Massenbericht ist folgendes zu entnehmen: Einnahmen für die Lokaltasse 60,10 Mk., Ausgaben 16,44 Mk. Einnahmen für die Verbandsstaffe 188,50 Mk. Mitgliederversammlung am Schlusse des 3. Quartals: 12 männliche und 27 weibliche. Ein Antrag des Vorstandes, die Entschädigung der Hauskassierer auf 2 Pf. pro Beitrag festzusetzen, wurde angenommen. Ferner wurde beschloffen, statt des ursprünglich geplanten Tementenfranzosens unser 1. Stiftungsfest in würdiger Weise zu begehen, wozu der Arbeiterverein „Freiheit“ seine Mitwirkung bereitwillig zugesagt hat. Sodann teilt der Vorsitzende mit, daß sich der Vorstand infolge der verschiedenen Gehilfengeseuche in hiesigen Tageszeitungen veranlaßt gesehen hat, die hiesigen Unternehmer durch Zirkular auf unseren Gewerkschaftsmaßnahmen aufmerksam zu machen.

Leipzig. Am Montag, den 16. November, fand eine Versammlung der Verbandsmitglieder statt. Zinke referierte über: „Technik und Krise, deren Wirkung auf unsere Organisation, und die Extrastener.“ In ausführlicher Weise wies der Referent an der Hand statistischen Materials den verheerenden Einfluß, den gleichzeitig die fortschreitende Technik und die immer verhängnisvoller fühlbar werdende Krise in unserem Beruf ausüben. Während die Fortschritte der Technik, in vernünftiger Weise, nutzbar gemacht, einen Segen für das arbeitende Volk bedeuten müßten, werden sie im Dienst des Kapitals

geradezu zum Verkündnis für die Arbeiterklasse. Die zunächst in Erscheinung tretenden Folgen sind immer länger werdende Perioden von Mangel an Arbeitslosigkeit und damit naturgemäß immer mehr Not und Elend bei den von der Arbeitslosigkeit Betroffenen. Diesen Schädigungen durch ausreichende Unterstützungen zu begegnen, gleichzeitig aber auch einen Arztsfonds zu sammeln, der dem Unternehmertum imponiert, ist die vornehmste Pflicht der Organisation. Ein Blick auf die Endzahlen der Jahresabrechnungen des Verbandes zeigt, daß letzteres viel zu wünschen übrig läßt und daß die für Unterstützungen zu verausgabenden Summen eine erschreckende Höhe angenommen haben. Der Verbandsvorstand hat infolgedessen die freiwillige Extrasteuer ausgeschrieben. Der Referent unterbreitet der Versammlung nachstehende Resolution und ersucht um einstimmige Zustimmung:

Die am 16. November im „Pantheon“ tagende Versammlung der Verbandsmitglieder in Leipzig erklärt es als Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, sich an der vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen freiwilligen Extrasteuer nach Kräften zu beteiligen.

Die Versammlung beschließt, daß als Mindestsatz von jedem männlichen Mitgliede in dieser Saison 2 Mk. und von jedem weiblichen Mitgliede 1 Mk. aufzubringen sind, für welche Summe Marken auszugeben werden, die im Verbandsbuch einzuflehen sind.

Es bleibt den einzelnen Betrieben überlassen, die Gelder durch Sammellisten oder einen wöchentlich zu erhebenden gleichmäßigen Extrabeitrag einzutreiben.“

Ein eingegangener Antrag wünscht für männliche Mitglieder einen Extrabeitrag von 10 Pf. und für weibliche Mitglieder einen solchen von 5 Pf. pro Woche bis zum nächsten Verbandstag zu erheben. Ein weiterer Antrag lautet auf dieselben Beitragssätze, doch soll die Erhebung vorläufig bis 1. April festgelegt und vor Ablauf die eventuelle Weitererhebung nochmal behandelt werden.

Ein dritter Antrag verpflichtet die männlichen Mitglieder, solange die große Arbeitslosigkeit anhält, einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche, die weiblichen Mitglieder einen solchen von 10 Pf. alle vier Wochen zu zahlen. Nach ausgiebiger Debatte wird der 1. Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Unter „Gewerkschaftsliedern“ werden verschiedene bei der Firma Barthel herrschende Mißstände, hauptsächlich die Bezahlung der Prozentzuschläge für Hebesunden betreffend, gerügt.

Auch der Inhaber der Firma Langendorf, Herr Sieck, kündigt sich wenig um die tariflich festgelegten Löhne. Beispielsweise erhielt dort eine Arbeiterin an der Anspannmaschine einen Stundenlohn von — 12 Pf. Die Ortsverwaltung wird beauftragt, in diesen Sachen geeignete Schritte zu unternehmen. Ein Antrag, alle Mitglieder, welche erhaltene Darlehen bis Schluß des Jahres nicht zurückgezahlt haben, zu veröffentlichen, wird einstimmig angenommen.

Sagen. Am 11. November fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Dem vom Kollegen Lindemann erstatteten Marktbericht ist zu entnehmen, daß das Gewerkschaftsdefizit ein Defizit von über 300 Mk. brachte. Die Verbringung dieses Mantos soll nach dem Vorschlage des Marktes prozentual auf die einzelnen Gewerkschaften verteilt werden, ein Vorschlag, mit welchem sich die Versammlung jedoch nicht recht befassen konnte. Ferner plont das Markt in Gemeindschaft mit dem Vorstände der hiesigen Parteioorganisation die Gründung eines Bildungsausschusses. Jedoch sollen demselben nach dem vorläufigen Entwurfe nur Personen angehören, die gewerkschaftlich und politisch organisiert sind. Diese letztere eigenartige Bedingung fand ebenfalls heftigen Widerstand der Versammlung.

In der Diskussion legte Duesfeld die Gründe dar, durch welche das Gewerkschaftsdefizit so schädlich abnimmt und zwar sucht er die Ursachen nicht zuletzt in der mangelhaften Organisation des Marktes, welche zeitweise ohne jeden Vorstand war, dazu komme noch der ständige Wechsel der Delegierten und so weiter. Unter „Verschiedenes“ kam Kollege Duesfeld auf die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene Extrasteuer zu sprechen und unterzog er den gegenwärtigen Stand der Organisation einer Kritik. Effemistisch wären die finanziellen Verhältnisse für uns ungenügend und bedürftig es einer Stärkung der Masse, damit der Verband auch ferner achtunggebietend bestehen könne. Redner wies aber auch darauf hin, daß trotz der Extrasteuer eine autoritative Veranschaulichung des Vermögens kaum erfolgen werde, solange nicht der gegenwärtige Verwaltungsapparat in ökonomischer, agitativer und tatkräftiger Hinsicht andere Vorhaben einschlägt. Die große Ausbeutung aller möglichen und unmöglichen Bücher und Formulare, welche die Amtsführung der örtlichen Funktionäre sehr erschweren, der fortwährende Wechsel der Vertragsmarken an Gestalt und Farb, alles Sachen, welche zum Teil unnützlich

zum Teil bedeutend vereinfacht werden könnten, kosten uns viel Geld. Dazu kommt noch der jetzt bestehende große Verwaltungsapparat, welcher neben den Mehrkosten an Gehältern immer mehr und mehr einen bürokratischen Standpunkt einnimmt und den Verkehr mit den Zahlstellen immer komplizierter gestaltet. Und trotz dieses großen Apparates scheint die Geschäftsführung noch manches zu wünschen übrig zu lassen, eine Tatsache, wovon sich Redner wiederholt überzeugt hat. Der Verband hat seit 1904 um zirka 6000 Mitglieder zugenommen, welche in den letzten 3 Jahren ca. 150 000 Mk. an Beiträgen brachten. Diese 6000 nun erforderlichen also dieses Massenaufgebot an Beamten. Redner wies darauf hin, daß die Mitgliederzahl wohl kaum in den folgenden Jahren steigen werde und wir vorläufig auf dem Höhepunkt ständen. In den letzten 3 Jahren sind zirka 30 000 Mitglieder eingetreten und zirka 24 000 Mitglieder wieder ausgetreten. Diese Zahl gibt zu denken. Man kann in den Großstädten wohl kaum noch von „Indifferenten“ sprechen, da fast alle schon einmal dem Verbands angehört haben, und aus diesen oder jenen Gründen wieder ausgetreten sind. Die Beiträge sind jetzt schon so hoch, daß der Provinzialkollege sie kaum erschwingen kann und immer wieder werden neue Opfer erfordert. So gerne wir für eine Stärkung eintreten wollen, möchten wir aber die Vorgänge von 1906 nicht wiederholt sehen. Auch hier sind Grenzen für die Geduld gezogen. Am Schluß ersuchte Redner, von einer Bewilligung einer Summe aus der Lokalfasse abzusehen. Gerade die Provinzialstädte, welche Tarife abgeschlossen haben, bedürfen einer Stärkung des Lokalfonds, damit in Lohnkämpfen die vollständig ungenügende Unterstützung des Verbandes durch den Lokalfonds dergestalt erhöht werden kann, daß die Kollegen nicht sofort den Mut verlieren. Aus lauter Idealismus werden keine Lohnkämpfe geführt. Solange Tade führt das Steigen der Verwaltungsausgaben hauptsächlich auf die Uebernahme der Lokalbeamten auf die Verbandskasse zurück. Im übrigen äußerten sich sämtliche Redner im zustimmenden Sinne.

Hamburg-Altona. Schöne Festtage waren es, als unsere Zahlstelle am 14. und 15. November ihre Jubelfeier beging. Die Festsitzung hatte die umfassendsten Vorbereitungen getroffen, um das Fest würdig zu gestalten, was ihr auch im vollsten Maße gelungen sein dürfte. Schon am Sonnabend fanden sich eine große Anzahl Kollegen und Kolleginnen, sowie auswärtige Gäste zur Vorfeier ein, wo sie gleich mit einer feierlichen Ueberweisung bedacht wurden. Die Kollegen und Kolleginnen der Kunstanstalt von Knackstedt und Näther hatten die schöne Idee ausgeführt, eine Widmung in Form einer Postkarte herstellen zu lassen, auf welcher die Porträts des früheren und jetzigen Verbandsvorsitzenden, der Kollegen Dietrich und Kloth, und darunter diejenigen der drei Vorsitzenden unserer Zahlstelle, welche ihr Amt am längsten bekleidet haben, der Kollegen Kammann, Grimm und Küster, zu sehen waren. Kollege Küster ergriff zuerst das Wort zu einer längeren Ansprache an die Festversammlung, und schilderte er in kurzen Zügen die Entwicklung der Buchbinderbewegung in Hamburg vom 1888 an, dabei auch der Männer gedenkend, die bereits in den siebziger Jahren für unsere Idee gekämpft und gelitten haben. Der noch in Hamburg lebende Senior der hiesigen Buchbinderbewegung, Herr Ernst Breuel, war zu der Feier eingeladen worden, hatte aber wegen seines Alters die Teilnahme abgelehnt. Er beklümmerte uns in einem Schreiben zu dem seltsamen Feste, und bat, auch der Alten, die zum großen Teil schon unter der Erde ruhen, zu gedenken und ihnen ein stilles Glas zu weihen. Von denjenigen Kollegen, die 1888 den Unterstützungsverein mit gründen halfen, befinden sich noch in unserer Mitte Heinrich Kammann, John Schönbach, Leonhard Ablefeldt, Emil Horn, Johann Schmidt, Paul Goldbach und Hermann Wiedenroth. Von auswärts hat sich nachträglich noch Paul Wüttner in Breslau als Mitbegründer gemeldet und seine Glückwünsche überandt. Nach Küsters Ansprache folgte Kollege Kloth, der die Glückwünsche des Verbandsvorstandes überbrachte und den Wunsch aussprach, daß die heute Versammelten sich einmal recht der ungebundensten Freude hingeben möchten. Dieser Wunsch sollte auch seine Erfüllung finden, denn so vergnügt Stunden wie an diesem Abend haben wir wohl lange nicht erlebt. Kollege Rindfleisch-Kiel überbrachte den Gruß der Zahlstelle Kiel und überreichte sodann im Auftrage derselben als Geschenk zur Silberhochzeit unserer Zahlstelle eine silberne Glocke mit der feierlichen Inschrift: „Wi Strid und Stank foht id dornang.“ Den Kieler Kollegen sei auch an dieser Stelle unser herzlichster Dank für das sinnige Geschenk ausgesprochen. Die Glückwünsche der Zahlstelle Lübeck überbrachte Kollege Zimmermann, während Kollege Lübbe im Auftrage der Hamburger Kollegen der Zahlstelle Hamburg-Altona ferneres Wüthen und Gebüden wünschte. Alle diese Ansprachen klangen jedesmal in ein Hoch auf die Zahlstelle und den Verband aus, in welches alle

freudig einstimmten. Aber auch alte Erinnerungen und heitere Erlebnis: aus früherer Zeit wurden von den Kollegen Berndt und Pfennig zum besten gegeben. Ein Teil der Liebertafel „Gutenberg“ brachte einige Ueber zu Gehör, darunter das bekannte Trinklied von Kowisch: „Vor Zeiten, als man noch so trant“, die starken Beifall fanden. Der übrige Teil des Abends wurde mit plattdeutschen Deflamationen, Coupletvorträgen und ähnlichen Darbietungen ausgefüllt. Der gemeinsame Gesang von Kommersliedern brachte schließlich die ausgelassenste Stimmung hervor, bis man sich gegen 1 Uhr trennte. Am Sonntag, den 15. Oktober, dem eigentlichen Feste, erschienen die ersten Gäste schon bald nach 4 Uhr, und gegen 6 Uhr harrten die Erschienenen, deren Zahl allerdings in keinem Verhältnis zur Mitgliederzahl stand, der kommenden Dinge. Die vollzählige Liebertafel „Gutenberg“ trug mit gewohnter Meisterhaftigkeit lyrische Ueber und Balladen vor, während Fräulein Augustin mit ihrer Hangvollen Stimme verdienten Beifall hervorrief. Die Festspreche hielt Kollege Kloth. Er ging in knapper Schilderung auf die ersten Anfänge der Buchbinderbewegung in Deutschland ein, um dann die Entwicklung unserer Organisation und der Zahlstelle bis zur Jetztzeit zu veranschaulichen. Die Rede klang in ein brausendes Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband aus. Der bekannte Rezitator Herr Langmaack errang mit seinen satirischen und nobellistischen Stücken einen durchschlagenden Erfolg. Nach Beendigung des Programms trat Terpsichore in ihre Rechte, und im Tanze schwebte Jung und Alt dahin, bis die dritte Stunde des anderen Tages das Fest beschloß. Auswärtige Gäste waren erschienen aus Garburg, Pinneberg, Kiel, Lübeck, Bremen, Neeboe und Schwärin. Telegramme erblickten wir von den Zahlstellen Flensburg, Berlin, Rostock, Bielefeld, Bremen, Bremerhaven, Dresden, Erfurt, sowie vom Gauvorstand des Gauces I und vom Kollegen Richard Gierlich und Frau aus Bremerhaven.

Altenburg (S.-M.). Selten dringt von unserer Zahlstelle etwas hinaus ins Verbandsleben. Ein kleines Wenig bilden wir in unserer großen Organisation. Aber das scheinbar geringe Häuflein der hiesigen Mitglieder fällt treu zusammen. Zwar können wir bei nur 33 Kolleginnen und Kollegen nicht mit Aisensberkongungen aufwarten, dafür aber herrscht unter den Mitgliedern ein guter Geist, der schon manchmal über schwierige Fragen hinweggeholfen hat. Eine solche lag der außerordentlichen Generalversammlung vom 11. November vor, in der die ausgeschriebene Extrasteuer behandelt wurde. Es waren 9 weibliche und 13 männliche Mitglieder zugegen. Der Besuch beweist, daß sich unsere Mitglieder der ersten Lage unseres Verbandes bewußt sind. Die Versammlung äußerte sich in ihrer Mehrheit in zukünftigem Sinne. Unsere Zahlstelle hat damit ihren gesunden Zustand (sie ist gegen 24 Jahre alt) wieder einmal bewiesen. — Zurzeit wird in hiesigen Gewerkschaftskreisen die Frage der Errichtung einer Zentralherberge ventilirt. Das Herbergsweesen war in unserem Ort stets ein wunder Punkt. Die Sache kommt aber jetzt in Fluß, auch wir stimmten für eine Zentralherberge, womit hoffentlich den Klagen von durchreisenden Gewerkschaftsmitgliedern gesteuert wird.

Flensburg. Unsere Monatsversammlung beschäftigte sich ebenfalls mit der Erhebung der freiwilligen Extrasteuer. Die Zahlstelle Flensburg ist der Meinung, daß durch die Extramarken, d. h. durch die Freiwilligkeit der Steuer denjenigen Kollegen Tür und Thor geöffnet ist, die sich von solchen Extrasteuern so gern drücken. Belastet werden doch nur hauptsächlich die opferwilligen, überzeugungstreuen älteren Mitglieder. Die Versammlung lehnt es ab, die Extramarken zu vertreiben, erklärt sich aber bereit, vier Wochen lang einen Extrabeitrag von 1 Mk. pro Woche und Mitglied zu leisten.

Berlin. Die Zahlstelle Berlin hielt am 5. November ihre Quartalsversammlung ab. Der Geschäfts- und Kassenbericht für das 3. Quartal lag den Mitgliedern gedruckt vor, und wie der Bevollmächtigte klar mitteilte, ist von der Ortsverwaltung beschloffen worden, dies auch in Zukunft so zu handhaben, da die mündliche Berichterstattung in den Generalversammlungen allzuviel Zeit in Anspruch nimmt und doch nicht so ausführlich sein kann, wie es wünschenswert wäre. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbt die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Franz Weiß, Paul Strauß, Alfred Sant, Heinrich Hoffmann, Johann Scharf, Franz Müller, Arthur Solz und Marie Unbehauen in der üblichen Weise.

Aus dem Bericht der Ortsverwaltung ist zu entnehmen, daß man sich zu Beginn des Quartals zunächst mit der Frage beschäftigte, wie die Not zu lindern sei, in die eine Anzahl Mitglieder durch die außerordentlich lange Arbeitslosigkeit geraten war. Es handelt sich hier um ausgesetzte Mitglieder, die keinen Anspruch mehr auf die Arbeitslosenunterstützung haben. In der Generalversammlung Ende

August wurde dann beschlossen, daß in der zweiten und dritten Woche der Ausstellung die verheirateten männlichen Mitglieder je 10 Mk., die ledigen und die weiblichen Mitglieder je 5 Mk. erhalten sollen. Zu diesem Zweck sind Extramarken vertrieben worden, die eine Einnahme von 1884 Mk. ergaben, wovon im beschlossenen Quartal 1043 Mk. für die außerordentliche Unterstützung ausgegeben wurden. Wenn auch jetzt, in der besten Geschäftszeit des Jahres, die Arbeitslosigkeit etwas nachgelassen hat, so muß man sich damit rechnen, daß sie nach Weihnachten wieder um so schärfer hervortritt. Im übrigen zeigt der Bericht, daß eine rege Tätigkeit für die Organisation entfaltet worden ist. Es wurden in den verschiedenen Branchen im ganzen 277 Wertstufenfestungen abgehalten, und Vertrauenssprachenfestungen fanden 17, Branchenversammlungen 8 statt, 85 Verhandlungen mit Unternehmern machten sich notwendig. Die Tarifkommissionen hielten 15 Sitzungen ab, wovon 13 allein auf die Buchbinderbranche kamen. In den Buchbinderzweigen waren die Tarifstreitigkeiten außerordentlich zahlreich. Ein Teil der Unternehmer kann sich noch immer nicht daran gewöhnen, auch bei schlechtem Geschäftsgang den Tarif in jeder Hinsicht gelten zu lassen. Schiedsgerichtssitzungen fanden in der Buchbinder- wie in der Korbwarenbranche je zwei statt. In der Korbwarenbranche sind nur wenige Differenzen entstanden, dieselben wurden ohne große Schwierigkeit erledigt. Die im Korbwarenbranchentarif von 1906 zum 1. Oktober vorgegebene Erhöhung der Minimallöhne hat nicht zu Differenzen geführt. In der Kartonagenbranche fanden Verhandlungen statt, wobei Lohn- und Zulagen rückgängig gemacht wurden. Ferner wurde mit Erfolg Front gemacht gegen Verlängerung der Arbeitszeit bei einzelnen Firmen. In der Zerkleinerungsbranche kam es zu längeren Verhandlungen bei der Firma Albrecht u. Weiser, an denen auch Vertreter der Steinbrüder, der Steinbrüdervereinsvorsitzer und der Graveure teilnahmen, die zur Vergrößerung der Fenster in ihrem neuen Fabrikgebäude zu Klinkerdorf Prismen- oder Rohglas verwendet hatte, das einen sehr schädlichen Einfluß auf die Sehkraft des Auges der unter solchen Verhältnissen arbeitenden Personen ausübt. Diese Tatsache wurde denn auch von zwei Augenärzten bestätigt und die Firma erklärte sich schließlich bereit, die Vergrößerung zu ändern. In der Album-, Goldschmuck- und Galanteriebranche ist die Lage noch immer eine schlechte.

Anschließend hieran wurde bekanntgegeben, daß den Kollegen Mada und Richard Lindner eine Rüge infolge ihrer Disziplinlosigkeit zugesprochen wurde. Ferner gab Kollege Max Kemnitz von den sehr unlieblichen Verhältnissen in der „Vorwärts“-Buchdruckerei, wo es durch die Teilnahmlosigkeit der dort beschäftigten Kollegen soweit gekommen ist, daß dort nicht einmal ein Vertrauensmann vorhanden ist.

Den Kassibericht gab Kollege Bytomski. Die Abrechnung der Zentralkasse bilanziert mit 33 823,26 Mk. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte 13 128,40 Mk., die Krankeunterstützung 2288 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 55 157,79 Mk., ausgegeben wurden 6666,64 Mk.

Dem Bericht vom paritätischen Arbeitsnachweis ist zu entnehmen, daß sich im Laufe des Quartals 579 männliche und 618 weibliche Arbeitslose meldeten. Stellen wurden gemeldet 325 für männliche Arbeiter, von denen 241 besetzt wurden. Dazu kamen einige hundert Aushilfsstellen. Wie der Arbeitsvermittler Rieger hervorhebt, sind jetzt, in der Zeit der besten Konjunktur für das Buchbindergewerbe, noch 162 männliche und 154 weibliche Arbeitslose eingeschrieben. Wie traurig sich die Wirtschaftskrisis geltend macht, zeigt sich auch darin, daß in den drei verfloffenen Quartalen dieses Jahres für 5981 Arbeitslosentage 16 437,50 Mk. mehr an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt worden ist, als in den gleichen Quartalen des Vorjahres.

Den Bericht über die Bibliothek der Zählstelle gab Schmidt. Der Bücherbestand ist von 1739 Bände auf 1767 erhöht worden. Benutzt wurde die Bibliothek von männlichen Mitgliedern in 809 Fällen, von weiblichen in 303 Fällen.

Im Anschluß an die Berichte fand eine rege Diskussion statt. Angenommen wurde ein Antrag der Ortsverwaltung, der Verbandskasse 1000 Mk. zu überweisen. Ferner wurde beschlossen, den zurückerhaltenen ausgeführten oder noch nicht bezugsberechtigten Mitgliedern — vorausgesetzt, daß diese mindestens 13 Wochenbeiträge gezahlt haben — 1 Mk. Unterstützung zu geben. Einem Antrag, die nicht einzutretenden Darlehen niederzuschlagen, wird stattgegeben. Zum Schluß machte der Vorsitzende klar auf die Gewergerichtswahlen am 29. November aufmerksam und forderte er die Mitglieder auf, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß kein Stimmberchtigter bei der Wahl fehlt.

Rundschau.

Die Anstalt der Berliner Buchbinder-Zahlschule (Lehrer: R. Kersten und L. Sütterlin) beginnt ihren Unterricht für das zweite Vierteljahr des Wintersemesters am 3. Januar 1909. Das Schulgeld für diesen Kursus beträgt 15 Mark. Gold, Leder und Seide ist von den Schülern zu bezahlen, alles übrige stellt die Schule. Prospekte versendet und Anmeldungen nimmt der Dirigent, Herr Slaby, Berlin SO., Staligerstr. 142 L. entgegen.

Warnungen vor Stellungnahme nach dem Auslande finden in der Arbeiterpresse immer wieder und es kann auch gar nicht oft genug betont werden, daß der Arbeiter fast immer der Genasführer ist, wenn er es nicht verstanden hat, sich vor dem Abschluß von Engagements nach dem Auslande in genügender, ausreichender Weise gegen alle Eventualitäten zu sichern. Gewiß ist auch trotz aller Voricht einem Reisefall nicht unter allen Umständen auszuweichen, aber dann bilden zumeist auch außergerichtlich mögliche Dinge die Ursache. Nicht genug zururteilt werden aber kann es, wenn sich Kollegen zu einem Lohne nach dem Auslande verpflichten, der unter allen Umständen ein absolut unzureichender ist. Erst dieser Tage wieder ist uns ein Fall bekannt geworden, daß ein Kollege nach London eine Stellung annahm, und zwar zu dem fürstlichen Lohn von 24,60 Mk. pro Woche bei 52stündiger Arbeitszeit. Kein Wunder, konnte er es nur wenige Wochen da aushalten. Aber, nach Deutschland kaum zurückgekehrt, war es sein erstes, über die Ausbeutung zu zittern. Wir sind bestänzlich die letzten, welche sich in irgendeiner Weise als Beschützer der Unternehmer aufstellen, aber wenn man sieht, in welcher bodenlos leichsinniger Weise oftmals Engagements — und zwar vor allem nach dem Auslande — abgeschlossen werden, dann ist es wohl begreiflich, wenn man eine solche Sandlung einmal mit der richtigen Bezeichnung besetzt. Denn es ist nichts mehr und nichts weniger als Leichtsinns, sich für kaum 47 Pfennig pro Arbeitsstunde nach einer Stadt wie London zu verkaufen. Wir erneuern die auch von uns oftmals gesagte Warnung vor Stellungnahme nach dem Auslande ohne genügende Garantien, und machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß größte Vorsicht stets am Platze ist. Gelegentlich wende man sich an die Arbeitersekretariate um Auskunft.

Ein Schneider scheint unsere Zahlstellen eigenblicklich heimzusuchen. Derselbe, angeblich Heinrich Stellmacher geheißen, erscheint bei den Funktionären und verlangt kategorisch sein Verbandsbuch, welches von einer anderen Zahlstelle an diese Adresse eingekauft sein müßte. Da das Buch selbstverständlich nicht angekommen ist — weiß die ganze Sache ja Schwindel —, erfolgt in der Regel ein Geschimpfe über die Nummerlei, daß — ebenso regelmäßig — mit der Forderung um Schlafgeld usw. endet. Dieses verübt der fahrende Kunde vor wenigen Tagen in Hildesheim, wo er angab, sein Buch müsse von Bremen kommen. Auf die angestellten Ermittlungen in Bremen zeigte sich, daß er auch dort kein Buch hatte; das befand sich in Elberfeld usw. Wir warnen unsere Zahlstellen vor diesem Kunden und machen darauf aufmerksam, daß jeder unserer reisenden Kollegen entweder Mitgliedsbuch oder Karte bei sich führen muß. Jedem, der eine solche Legitimation nicht vorzeigen kann, fühle man gehörig auf den Zahn.

Herr Karix Göhre, Ehrenobermeister der Leipziger Buchbinderinnung, ist hochbetagt gestorben. Mit ihm verabschiedet einer der „Ältesten“ aus den Reihen der Arbeitgeber unseres Gewerbes, dessen sich manche unserer Kollegen, die jetzt auch nicht mehr zu den Jünglingen gehören, erinnern werden.

Herr Göhre nahm in seinen jüngeren Jahren der Arbeiterbewegung gegenüber eine freundliche Stellung ein. Eine Anzahl „kompromittierter“, d. h. in der Buchbinderbewegung hervorgegangener tätiger Kollegen fand in den 70er Jahren in seinem Betriebe Unterkunft. Er verstand es auch nicht, mit seinen „Gefellen“ ein fides-ähnliches Verhältnis auszuführen. Das nutzte einem in der heutigen Zeit des Scharfmachertums fast wie „ein Märchen aus uralten Zeiten“ an! 1897 war Herr Göhre als Führer der Arbeitgeber derjenige, der zu einem Tarif mit der Gewerkschaft die Hand bot. Ebenso auch 1896/97, wo Herr Göhre gleichfalls als Vorsitzender der Prinzipal- den in seinen Grundzügen jetzt noch vorhandenen, nunmehrigen Dreifädeltarif abschloß. Wenn der alte Herr auch manchmal bei den bezüglichen Verhandlungen etwas heftig werden konnte, so war doch mit ihm auszukommen, denn auf Herrn folgte bei ihm auch wieder Sonnenschein. Das sind tempi passati (vergangene Zeiten), obgleich sicher auch heute noch mit etwas mehr Menschlichkeit und etwas weniger Scharfmachergeist ebenso gut wie damals gewerbliche Streitigkeiten erledigt werden könnten.

Bei der großen Aussperrung 1906 war allerdings der alte Herr Göhre auch gar nicht auf die Aussperrten zu sprechen; der Zug der Zeit schien nicht besonders an ihm vorübergegangen zu sein.

Nun hat auch er sein Lebensbuch zugeklappt; er war jedenfalls mit Leib und Seele Buchbinder, der es in feiner Art gut meinte. ek.

Die Internationale — — — „Es ist Tatsache, daß heute eine einflussreiche wirtschaftliche Fachvertreter, die in vollem Umfange ihren Aufgaben gerecht werden will, nicht mehr allein auf den Kreis sehen kann, der ihr innerhalb der politischen Grenzpfähle ihres Staatswesens zugewiesen ist. Kulturelle Bewegungen kennen keine Landesgrenzen, ebensowenig wie die Lebens- und Wirtschaftsbedürfnisse irgendeiner Berufsgruppe in grundsätzlicher Hinsicht in diesem oder jenem Lande voneinander abweisen. Die gleichen Wirtschaftsbedürfnisse, unter denen die deutschen Bauarbeitgeber leiden, finden wir auch bei den Fachgenossen unserer Nachbarländer; wir sehen beim näheren Studium der Verhältnisse, daß ihre sozialen und ökonomischen Interessen mit den unserigen fast vollkommen übereinstimmen, und daß demzufolge auch die Bauarbeitgeber in den anderen Ländern von den gleichen oder zum mindesten doch sehr ähnlichen Bestrebungen erfüllt sind, deren Förderung sich die Bauarbeitgeber in Deutschland auf das lebhafteste anlegen sein lassen.“

Aus dieser grundsätzlichen Gleichartigkeit der Interessen der baugewerblichen Berufsgenossen aller, besonders aber der einander benachbarten Länder, ist der Kartellierungsgedanke hervorgegangen.“

Diese Ausführungen konnte man in einer der letzten Nummern des „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ nachlesen. Die Bauarbeitgeber hielten vom 15. bis 19. November in Paris einen internationalen Kongreß der Bauunternehmer ab und gleichsam zur Rechtfertigung des Beschlusses, den Kongreß von deutscher Seite aus zu beschicken, machte das „Zentralblatt“ die vorstehenden Ausführungen. Trotzdem: Die Arbeitgeberbewegung ist eine durchaus nationale! So sagte die „Deutsche Arbeiterzeitung“ und entzündete sich weidlich, als wir dies nicht glauben wollten.

Die Arbeitgeberbewegung muß national sein, so will es die „Arbeiterzeitung“, sie muß international sein, so verlangt es das „Zentralblatt“. Weidlich von den beiden Sachverständigenorganen hat nun recht?

Gewergerichtswahlen in Berlin. Am kommenden Sonntag findet in Berlin die Gewergerichtswahl statt. Zu wählen sind 70 Richter nach dem System der Verhältniswahl. Wir erwarten von unseren Kollegen, daß sie, soweit sie wahrheitsgemäß sind, vollzählig ihrer Wahlpflicht genügen und der Liste der freien Gewerkschaften ihre Stimme geben.

Die Arbeitslosenzählung in Berlin hat 41 468 Arbeitslose ergeben. Man erwarte jedoch nicht, daß dieses Ergebnis lückenlos ist, denn wie bereits in letzter Nummer gesagt, ist die Art der Erhebung eine solche gewesen, daß ein vollkommenes Resultat ausgeschlossen sein mußte. Die Arbeitslosigkeit ist weit größer, als sie sich nach den Meldungen vom 17. November darstellt. Es ist ja auch nur natürlich, daß bei Arbeitslosenmeldungen die Arbeitslosen nicht vollständig erfasst werden können. Ganz abgesehen von denjenigen Personen, die auf eine solche Meldung gar nicht aufmerksam werden, gibt es zahlreiche Leute, die entweder zu bequem oder aber auch zu scheu sind, sich an die Meldestelle zu begeben und ihre Arbeitslosigkeit feststellen zu lassen. Namentlich sind die Arbeiterinnen oft schwer zu bewegen, solche Meldestellen aufzusuchen. Den tatsächlichen Umfang der Arbeitslosigkeit kann man nur durch Zählungen von Haus zu Haus, durch das Auffinden der Arbeitslosen in ihren Wohnungen, ermitteln. Die Berliner Zählungen sollen zu etwas späteren Terminen wiederholt werden.

Bildungsbestrebungen. Besondere Genugtuung erzeugt es, wenn man sieht, wie einzelne Zahlstellen unseres Verbandes sich dem Bildungsbranch unserer Mitglieder gegenüberstellen. Besonders rühmlich scheint dabei die Verwaltung der Zählstelle Frankfurt a. M. vorzuweisen. Ein „Programm für das Winterhalbjahr 1908/09“ entnehmen wir über die einzelnen Veranstaltungen folgendes:

Am Sonntag, den 1. Oktober
hat der „Buchbinder-Zeitung“ ein Merkblatt für Fabrikarbeiterinnen bei. Es werden über die Nicht-einkaltung der darin aufgeführten Bestimmungen sind dem Vorstand zu melden.

Montag, den 5. Oktober
Mitgliederversammlung. Vortrag über: Gewerkschaftlicher Arbeiterschutz und Gewerbeinspektion.

Sonntag, den 11. Oktober
Rezeptionsabend von Frau Waldeck-Berlin, verbunden mit Ball der Offenbacher Zahlstelle, im Saalbau Offenbach.

Sonntag, den 18. Oktober:
Besichtigung der modernen eingerichteten Lager-
räume und Väterei des Frankfurter Konsum-
vereins.

Montag, den 19. Oktober:
Mitgliederversammlung. Vortrag von Fräulein
Rosenhaupt (Ausschuß für Volksvorlesungen):
Gedichte in Frankfurter Mundart.

Sonntag, den 25. Oktober:
Beginn des Marmorierkurses. Dauer 20 Stunden
(pro Abend 3 Stunden).

Montag, den 2. November:
Generalversammlung. Vortrag des Kollegen
Eberhardt über: Arbeiterversicherung (Anfalls-
versicherung).

Sonntag, den 8. November:
22. Stiftungsfest der Zahlstelle Frankfurt a. M.
im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Keine
Tombola.

Montag, den 30. November:
Mitgliederversammlung. Lichtbildervortrag von
Herrn Lehrer Volk (Ausschuß für Volksvor-
lesungen): Eine Ozeanfahrt von Bremen nach
New York.

Freitag, den 25. Dezember (1. Feiertag),
vorm. 10 Uhr: Gemütliches Beisammensein im
Gewerkschaftshaus.

Montag, den 11. Januar:
Mitgliederversammlung. Vortrag. Thema wird
noch bekannt gegeben.

Sonntag, den 31. Januar:
Familienabend.

Montag, den 8. Februar:
Mitgliederversammlung. Lichtbildervortrag von
Herrn Dr. Bentard (Ausschuß für Volks-
vorlesungen): Die Gemälde des Städtischen Kunst-
instituts.

Sonntag, den 28. Februar:
Vormittags 9 Uhr: Besichtigung des Städtischen
Kunstinstituts.

Montag, den 8. März:
Mitgliederversammlung. Vortrag von Herrn
Dr. Naßm (Ausschuß für Volksvorlesungen), lang-
jähriger Geharzt der Heilstätte Ruppertsheim,
über: Die Schwindsucht und ihre Bekämpfung.

Montag, 5. April:
Mitgliederversammlung. Vortrag.

Montag, den 12. April:
(2. Feiertag) nachmittags, Osterausflug.

Sonntag, den 25. April:
Vormittags Besichtigung der Märbeiden bei
Niederad.

Dieses Eingehen auf die Bildungsbestrebungen
der Mitglieder kann man nur lobend erwähnen. Der
Lohn wird jedenfalls nicht ausbleiben.

Buch mögen sie sehr gut sein, aber für die Zeitung
eignen sie sich nicht. — K. A. in F. In der ein-
gesandten Form teilweise nicht verständlich, daher
die Abänderungen. — H. L. in D. Besten Dank für
den Hinweis, muß mir aber erst das Kritisierte ver-
schaffen, daher erst in nächster Nummer. —
F. A. in F. Anders als wie vorliegend ist es
mir jedoch nicht möglich. Aber warum denn diesen
verfehten Standpunkt einnehmen und gerade an
dieser Stelle sparen? — M. D. in F. Sie irren,
Ihre Briefe vom laufenden vierten Quartal
enthalten keine solche Bestellung. — W. D.
in St. und F. D. in Br. So sollte die
Berichterstattung aber auch immer vor sich gehen
und nicht nur als Ausnahmefall betrachtet werden.
Die Schnelligkeit verdient anerkannt und — nach-
gehakt zu werden. — G. F. in K. Warum wenden
Sie sich denn da zuerst an mich? Die Karte konnten
Sie doch ebenso gut an den Betreffenden selbst
adressieren, dann brauchte sie den Umweg über
Berlin nicht zu machen und dreifache Kosten verur-
sachen. Oder — sollte sie zum Abdruck für die Zei-
tung bestimmt sein?

Berichtigung. Wir machen darauf aufmerksam,
daß die erste Zahl der dritten Spalte auf Seite 372
(Nummer 47 der „Buchbinder-Zeitung“) eine 2 sein
muß, was unsere Mitglieder jedenfalls schon selbst
gesehen haben werden. In gleicher Nummer muß es
auf Seite 375, Spalte 3, in der vierten Zeilen von
oben statt Lohnerschöpfung Lohnreduktion heißen. Der
Sinn der Notiz wird auch in diesem Falle unsere
Mitglieder bereits auf den Fehler aufmerksam ge-
macht haben.

Briefkasten.

T. S. in F. Glauben Sie wirklich, daß durch
solche Klageleier eine Besserung erzielt wird? Durch
Werkstüben- und Hausagitation wird da mehr er-
reicht. — **J. St. in K.** Zum wiederholten Male
wird Ihnen nun die Mitteilung, daß ich solche
Berichte nicht gebrauchen kann. Für Ihr Protokoll-

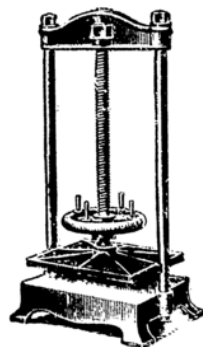
ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buch-
hinder etc. (Eingeschr. Hllsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Nürnberg!
Am Sonntag, den 22. November
1908, verstarb nach 1 tägiger Krank-
heit unser langjähriger Mitglied
Jacob Hofmann
im Alter von 65 Jahren.
Wir werden sein Andenken
in Ehren halten!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Pforzheim!
Am 19. November verstarb nach
kurzer Krankheit unser lieber
Kollege, der Einzelarbeiter
Gottlob Claus
im Alter von 23 Jahren.
Wir werden sein Andenken stets
in Ehren halten.



**Schlagrad- und
Stockpressen**
in 6 verschiede-
nen Größen zu
billigsten
Preisen
sofort lieferbar.
Prospekte gerne
zu Diensten.
Karl Bidlingmeyer,
G. m. b. H.
Maschinenfabrik.
Altbach a. Neckar
(Württbg.)



Weltbekannte Marmorierfarben!
Schnitffarben zum
Färben jeder Nuance.
Sämtliche
Marmorierutensilien.
Carageenmoos.
Paul Szigrisi, Marm.-Lehrer,
Leipzig, Thalstrasse 1.

Leipzig.

Mittwoch, den 9. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr,
im „Albertgarten“

Lichtbildervortrag für Kinder über
Deutsche Märchen

aus dem berühmten Bilderbuch-Verlag Jos. Scholz, Mainz, entnommen, und zwar: Schneewittchen, Dornröschen, Aschenputtel, Frau Holle, Marienkind, Rotkäppchen, Hänsel und Gretel.
Vortragender: Herr **Paul Kleye**, Redner der „Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung“.
(70 kolorierte Lichtbilder.)

Mit dieser Veranstaltung soll den Kindern unserer Mitglieder eine kleine Freude bereitet werden.
Wir hoffen auf zahlreiche Beteiligung.

Eintrittskarten à 5 Pf. sind bei sämtlichen Vertrauensleuten sowie im Bureau zu entnehmen.
Der Bevollmächtigte.

Brandenburgstr. 56. Berlin! Brandenburgstr. 56.
Weiss- und Bayrisch-Bierlokal
Speisen u. Getränke in bekannter
Güte. — Echten Breslauer Korn.
Vereinszimmer, Franz. Billard.
Um geeigneten Zuspruch bittet
Eugen Lenk.

Buchbinderei
Verguldeanstalt u. Musterkartenfabrik
bestens eingerichtet mit guter Stundschafft
in einer rhein. Großstadt unter günstigen
Bedingungen zu verkaufen. Erforderlich
sind 3000 Mk. Offerten unter H. Z. 8
:: an die Expedition dieser Zeitung. ::

Für Buchbinder.
In Spandau ist eine Papierhandlung
mit Buchbinderei zum Inventurwert
anderer Unternehmung halber billig zu
verkaufen. Miete 300 Mark. Umsatz
1600 Mark. Anfragen unter E. E. 11
:: an die Expedition dieser Zeitung. ::

Laden mit Wohnung
in Industriestadt, für einen strebsamen
Buchbinder passend, billig zu vermieten.
Off. unter **T. M. 100** an die Exp. dies. Ztg.



Seeburgstrasse 47
Das Geschäftshaus der Firma
O. Th. Winckler, Leipzig

**Glas-Christbaum-
schmuck**



gut verpackt. Versende
Prachtsortimente in
nur feinst. Ausführung.
Sort. I enth. 320 Stück
hochfeine, tadellose,
diesjährige Neuheiten,
wie **Rosen mit Laub**
und **Stiel, wundersch.**
überspönn. Sachen,
Gr. Papagei auf kl.
Glocke, Trompeten
usw. z. billigen Preise
von 5 Mk. (Nachnahme
30 Pf. mehr.)
Sort. II 120 Stück grosse Sachen zum
selben Preis 5 Mk. **Sort. III** in nur
weisser Silberausführung 5 Mk.
Jedem Sortiment füge gratis zur Be-
leuchtung des Baumes bei: **Tulpe,**
Traube und Ampel. Ausserdem noch
Pudelhund mit Goldkette und Frucht-
korb. Für Händler extra Sortiment
von 8 Mk. an und höher.
Max Heumann, Lauscha S.-M.
Fabrikation und Versand. **No. 62.**